

„Mit vielem nicht glücklich“ - Bischof Fabiny blickt auf das neue Kirchengesetz Budapest, 12. August 2011

Bischof Dr. Tamás Fabiny blickt im Gespräch mit András Kósa von hvg.hu durchaus kritisch auf das neue Kirchengesetz. Wo liegen die Schwächen? Und wie steht es um die Trennung zwischen Kirche und Staat in Ungarn. Ein Auszug aus dem Gespräch sei im Folgenden wiedergegeben.

Das neue Kirchengesetz wurde von vielen kritisiert, weil sie die Grenze zwischen Kirche und Staat verwischt, indem das Parlament festlegt, wer als Kirche angesehen wird und wer dadurch privilegiert wird – und wer in eine zweitklassige Rolle gedrängt wird.

Irgendeine Ordnung musste geschaffen werden, weil noch nicht einmal die Kritiker des Gesetzes behaupten können, dass es keinen Missbrauch gegeben hätte. Sicher ist, dass es nicht gut ist, wenn der Staat Inhaltliches abwägt und wenn ein Parlament oder ein Gericht sagen will, welcher Inhalt gut oder verwerflich ist. Zudem kann auch dieses System Missbrauch nicht ganz verhindern. Ich sehe schon, dass Einschränkungen ihre Berechtigung haben, aber ich bin nicht glücklich darüber, dass das Parlament dies auf sich genommen hat und nicht ein politikfernes Organ, da dies auch die Durchpolitisierung der Kirchen nach sich ziehen kann. Und die radikale Form der Einschränkung halte ich ebenfalls nicht für glücklich, weil so etwa die Methodisten und die Anglikaner nicht berücksichtigt wurden, die schon lange hier sind. Auch beobachte ich nicht mit Freude, dass binnen einer Nacht das Gesetz umgeschrieben wurde, weil sich die Fachleute zuvor recht grundlegend befasst hatten. Für uns war das Endergebnis eine Überraschung.

Müssten die vierzehn begünstigten Kirchen nicht ihre Stimme für die anderen erheben?

Die Verabschiedung des Gesetzes verlief nicht ganz ohne Echo. Ein evangelisch-lutherischer Missionspfarrer hat etwa einen offenen Brief verfasst. Doch ich gebe zu, ein bisschen hat man sich auch geduckt – was wohl auch auf die Überraschung zurückzuführen ist. In der Tat muss die Geste der Solidarität geübt werden. Ein gemeinsames Auftreten wäre berechtigt, doch das stößt auch auf Kommunikationsprobleme. Ich denke nicht, dass sich zum Beispiel die Katholiken gerne gemeinsam mit der „Hit Gyülekezet“ äußern würden. Aber ich betone nochmals: Es gab keinerlei Konsultation über die letzten Änderungen. Der schließlich beschlossene Text war eine Entscheidung der Leitung der Partei Fidesz, während die Kirchen die ganze Zeit über mit der KDNP Gespräche geführt haben.

Wie sehen Sie eigentlich das Verhältnis von Kirche und Staat heute in Ungarn? Wie verwirklicht sich die Trennung zwischen beiden, die Sie ja auch für wünschenswert halten?

Die Situation ist trügerisch. Die Rhetorik in der Politik ist oft recht kirchlich, was niemanden nützt. Die Nicht-Gläubigen irritiert, warum sie nun von ihren Politikern Predigten hören. Die Gläubigen hören unterdessen von ihren Pfarrern bessere Predigten und sind darauf neugierig, was sie zu sagen haben. Die Trennung zwischen Kirche und Staat müsste schon auf der Ebene der Rhetorik beginnen. Aus dem Wortgebrauch der ungarischen Politiker müssten die kirchlichen Elemente verschwinden. Ich würde die Politiker im Namen der Kirche um Zurückhaltung und um die Vermeidung von Verwischungen bitten.

Aber die Kirchen versuchen auch oft nicht die „Umarmungen“ des Staates zu verscheuchen, wenn sie sich davon Geld und Einfluss erhoffen.

Es ist nicht gut, wenn sich alles ums Geld dreht. So haben manche Kirchen Schulen übernommen, um entsprechende Ausgleichszahlungen vom Staat zu erhalten. Das hielt ich in vielen Fällen nicht für angezeigt, man hätte zurückhaltender sein müssen, obwohl sich oft nicht die Kirchen selber aufgedrängt haben, sondern die in Problemen befindlichen Selbstverwaltungen. Das Problem ist, dass es keine normale Kirchenfinanzierung gibt. Man kann nicht wissen, worauf man in einem bestimmten Jahr zählen kann. Daraus folgt, dass manche als gierig erscheinen, weil sie sich davor fürchten, dass sich schon im nächsten Jahr alles wieder verkehrt. Auch die Kirchenpolitik der gegenwärtigen Regierung ist fragwürdig. Es ist nicht eindeutig, was die KDNP will, was Fidesz will. Man kann nicht wissen, ob das Staatssekretariat Entscheidungen bringt oder irgendein anderes Forum. Es wäre gut, klar zu sehen, wer unser Gesprächspartner ist, weil es keinen regelmäßigen und „richtigen“ Dialog zwischen den Kirchenleitern und dem Regierungschef oder den sachlich Zuständigen gibt. Mich schmerzt, dass die Kirche auch für die Regierungsparteien keinen Faktor darstellt, nicht nur in der Gesellschaft. Freilich

muss das für die Kirche auch Selbstkritik nach sich ziehen, wie wir wohl soweit kommen konnten. Denn die Kirche müsste der Macht gegenüber kritisch sein. Es gab auch kritische Stimmen - etwa im Zusammenhang mit dem Mediengesetz oder mit der Technik der Machtausübung. Ich würde zum Fernhalten von der Gier aufrufen. Das sind christliche Werte, die auch in die Politik durchsickern sollten. Die Politiker sollen sich nicht auf Ungarn als Land der Maria berufen, sondern lieber zum Beispiel das achte Gebot oder die Solidarität oder die Aufnahme von Fremden ernst nehmen.

Deutschsprachiger Nachrichtendienst der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Ungarn
3. Jahrgang, 5. Ausgabe Juni - Juli - August 2011
Verantwortlicher Redakteur: Holger Manke (nachrichtendienst@lutheran.hu)
in Zusammenarbeit mit Bischof Dr. Tamás Fabiny und Dr. Klára Tarr-Cselovszky